

grosser rat

Budget mit klarem Mehr verabschiedet

SVP ALLEIN AUF WEITER FLUR. Nach einem letzten erfolglosen Versuch der SVP, bei der Ombudsstelle Geller für neues Büromaterial zu kürzen, genehmigte der Grosse Rat das Budget für das nächste Jahr so, wie dies die Finanzkommission vorgeschlagen hat. In der Schlussabstimmung wurde das Budget, das mit einem Defizit von 50 Millionen Franken in der laufenden Rechnung abschliesst, mit grossem Mehr gegen vier Stimmen genehmigt.

Beschwerdestelle gegen Polizeigewalt

ANZUG ÜBERWIESEN. Für eine kontroverse Debatte im Grossen Rat sorgte ein Anzug, in dem SP-Vertreterin Anita Heer die Einführung einer unabhängigen Beschwerdeinstanz für Klagen wegen Misshandlungen durch die Polizei forderte. Obwohl die Sprecher der bürgerlichen Parteien und auch die Regierung sich auf den Standpunkt stellten, mit der departementsinternen Beschwerdeinstelle und mit dem Ombudsmann gebe es schon genug Anlaufstellen, wurde der Vorstoss sehr zum Unwillen von Polizeidirektor Jörg Schild dennoch mit 48 gegen 46 Stimmen der Regierung zur Prüfung überwiesen.

Besserer Brandschutz in BVB-Depots

KONSEQUENZEN GEZOGEN. Für Alarm- und Brandmeldeanlagen in den Depots der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) hat der Grosse Rat diskussionslos einen Kredit von 498 000 Franken gesprochen. Die Installation der Anlagen ist eine Konsequenz aus dem Brand im Wiesen-depot vom August 2004.

Hilfe für junge Arbeitslose

MEHR GELD. Damit Projekte für arbeitslose Jugendliche besser unterstützt werden können, sollen drei Millionen Franken mehr in den Krisenfonds fliessen. Dies hat der Grosse Rat entschieden, indem er die Motion von Gabi Mächler (SP) klar angenommen hat. Dagegen stimmten CVP, SVP und WEV, die keine weiteren Ausgaben in Kauf nehmen möchten. Gemäss Gesetz wird der Fonds seit 2004 jährlich mit 8 Millionen geäußert, was bei der jetzigen Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreicht. 11 Millionen Franken müssten es sein, damit auch den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit geboten werden kann, sich wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Erreichen will der Regierungsrat dies unter anderem mit der Einführung von Teillohnjobs.

Bekanntnis zum Erhalt der Rosenthalhäuser

ABBRUCH VERHINDERN. Mit einer Motion forderte SP-Grossrat Beat Jans die Regierung auf, dem Abbruch der Rosenthalhäuser endgültig einen Riegel zu schieben. Obwohl von bürgerlicher Seite der entsprechende Volksentscheid in Frage gestellt wurde, überwies eine breite Koalition von SP, Grünem Bündnis, DSP und SVP den Auftrag, eine Vorlage für einen neuen Grossratsentscheid vorzulegen, mit 70 gegen 33 Stimmen. Der Mieterinnen- und Mieterverband Basel begrüsst die Entscheidung.

Partnerschaft bei der Abwasserreinigung

NEUES RÜCKHALTEBECKEN. Für ein Mischwasser- und Havarierückhaltebecken auf dem Areal der Abwasserreinigungsanlage Basel wurde im Grossen Rat ein Kredit von 9,9 Mio. Franken bewilligt. Den Rest der Gesamtkosten von 11,5 Millionen muss Basel selbst übernehmen.

Über Grenzgänger und Primaten

Eine neue Ausstellung im Zolli zeigt die Natur von einer etwas anderen Seite

LUKAS MEILI

Heute Samstag öffnet im Zollirestaurant die Vernissage «Grenzgänger und Primaten» der beiden Künstler Niklaus Heeb und Gregori Bezzola.

Der Rehbock auf den Bildern ist ein Grenzgänger. Er verlässt sein natürliches Gebiet, er überschreitet eine Grenze. Er hält Einzug in der modernen Welt. Das Piktogramm dient dieser modernen Welt. Es ist eine Hilfe, die unabhängig von Sprache oder ethnischen Hintergrund genutzt und verstanden werden kann. Es ist ein Ausdruck einer multikulturellen Menschheit.

Es ist verwirrend, wenn sich in dieser für Menschen reservierten Welt plötzlich dieser Fremdkörper einschleust. Wie ein Schulkind hüpfert der Rehbock über die Strasse; ein anderer sitzt in einem Bus; ein dritter steht auf einer Rolltreppe. Und sie alle bringen die Beziehung zwischen Mensch und Natur durcheinander: Selten mischt sich das Tier so offensichtlich in den Lebensraum des Menschen ein.

OFFENE BOTSCHAFT. Vor einem Jahr hatte die Ausstellung «Grenzgänger» im Schweizerischen Nationalpark ihr Debüt. Zu den Piktogrammen gesellen sich noch lebensgrosse Schilder in Form von Hirschen oder heulenden Wölfen, die «von vielen Leuten für echt gehalten wurden», sagt Heeb. Gemeinsam sollten die Bilder auf spezifische Aspekte der Thematik Natürlichkeit und künstliche Einflüsse aufmerksam machen.

Bezüglich der Botschaft der Ausstellung halten sich die Erschaffer zurück. «Jeder soll für sich selber herausfinden, was unsere Werke für ihn symbolisieren», lautet der Tenor der beiden Künstler. «Die Bilder könnten durchaus als Kritik verstanden werden», sagt Bezzola weiter, «aber wir wollen keine Stellung dazu beziehen, ob das auch tatsächlich unsere Absicht war.» Und Heeb ergänzt: «Weil Piktogramme für jeden verständlich sind, wird unsere Arbeit vielschichtig. Vom Kleinkind bis zum Greis

kann jeder etwas in ihnen lesen. Die einen finden es lustig, die anderen sehen ihre Ansichten über Mensch und Natur in ihnen bestätigt.»

EVOLUTIONÄRE VORFAHREN. Neben den Grenzgängern präsentiert Heeb an der Ausstellung noch Werke, die er allein erstellt hat. Der diplomierte wissenschaftliche Zeichner, der ausserdem noch Biologie studiert hat, bezeichnet sich selbst als «Affennart» – und um Primaten drehen sich auch

seine Bilder. «Ich habe die Affen lange beobachtet. Das Faszinierende an ihnen ist, dass sie uns Menschen ähnlicher sind, als man denkt», sagt er. Es sei sogar so, dass man Affen nach ein paar Tagen an ihrem Verhalten auseinanderhalten könne. Nach ein paar Wochen intensiver Auseinandersetzung könne man sogar verschiedene Charaktere erkennen. «Und schlussendlich kann man, weil sie uns so ähnlich sind, auch sehr viel über den Menschen herausfinden.»

Die Faszination, der biologische Aspekt und die Freude an den Tieren steht bei Heeb Arbeit im Vordergrund. «Und diese Faszination möchte ich gerne nach aussen tragen.» Die Zeichnungen sind während Heeb's Studien im Zolli und im Affenberg Salem entstanden. Da sieht man den Orang-Utan in seiner arttypischen Fortbewegung, dem «Hangeln» und dem «Gehen». Andere Bilder zeigen die Mimik unserer nächsten Verwandten, unter anderem das «freundliche

Schnattern», «Zähne zeigen» oder die «Droh-Mimik».

Die Bilder wurden für diese Ausstellung einzeln von Hand als Siebdrucke angefertigt. Der Besucher kann sie in Form eines faszinierenden Kalenders zu sich nach Hause holen.

Eröffnung Ausstellung «Grenzgänger und Primaten» am 17. 12. von 17 bis 19 Uhr. Ausstellungs-dauer vom 17. 12. 05 bis 31. 3. 06, Öffnungszeiten Montag bis Sonntag: 9.00-17.00 Uhr

> www.niklaus-heeb.ch
> www.gregori-bezzola.ch



«Grenzgänger». Die Bilder von Niklaus Heeb und Gregori Bezzola regen zum Nachdenken an.

Firmen ohne Lehrlinge sollen büssen

Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, müssen bald zahlen – umstritten ist wie viel

MICHAEL ROCKENBACH

Die Gewerkschaften fordern eine hohe Strafgebühr für Betriebe, die nicht ausbilden. Die Wirtschaftsverbände halten das für gefährlich.

Eine Lehrstelle zu finden, ist in Basel ein hartes Stück Arbeit. Viele Jugendliche gehen bei der Suche leer aus, weil sich die Wirtschaft zu wenig um sie kümmert. Davon ist jedenfalls die rot-grüne Mehrheit im Grossen Rat überzeugt. Deshalb hat sie am Donnerstag beschlossen, die lehrlingsfreien Betriebe mit einem Berufsbildungsfonds unter Druck zu setzen. Der Regierung erteilte sie den Auftrag, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Rolf Häring vom Grünen Bündnis hatte dies mit einer Motion gefordert.

Das Prinzip des Fonds ist einfach: Wer nur wenige oder gar keine Lehrlinge ausbildet, zahlt. Wer ausbildet, kassiert. Ein gutes System, wie Peter Sigerist vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) findet: «Es wird sich positiv auswirken, dass der Druck auf die Unternehmen steigt.» In 6 Westschweizer Kantonen und im Tessin gebe es bereits einen Fonds oder sei einer in Vorbereitung. Mit Beiträgen ab 15 Franken pro Mitarbeiter werden die Firmen ohne Lehrlinge ermuntert, mehr in die Ausbildung zu investieren. «Das ist ein

gutes Signal, es reicht aber nicht», sagt Sigerist. Damit die Unternehmen mehr Lehrstellen schaffen, müssten die «Strafgebühren» erhöht werden.

Dezidiert anderer Meinung sind die Bürgerlichen. FDP, LDP, CVP und SVP stimmten im Grossen Rat vergeblich gegen die «Zwangsabgabe». «Bestimmungen, Abgaben und Steuern gibt es schon mehr als genug», sagt etwa Baschi Dürr (FDP). «Die Wirtschaft darf nicht noch mehr behindert werden, sonst gibt es langfristig nicht wie erhofft mehr Arbeitsplätze und Lehrstellen, sondern weniger.»

UNGERECHT. Eine Haltung, die in der Wirtschaft nicht unumstritten ist. Der Arbeitgeber- und Berufsverband des metallverarbeitenden Gewerbes hat eben erst einen Berufsbildungsfonds eingerichtet, der für die Branche allgemeinverbindlich ist. Eine gerechte Lösung, wie Karin Illi von der Schweizerischen Metall-Union findet. «Alle Betriebe brauchen gute Mitarbeiter. Deshalb sollen auch alle einen Beitrag an die Grundleistungen der Ausbildung leisten», sagt sie. Sonst würden die Lehrbetriebe benachteiligt: «Sie investieren Zeit, Geld und Arbeit in die Jugendlichen und riskieren, dass diese abgewor-

ben werden, sobald sie fertig ausgebildet sind – von Betrieben, die selbst keine Lehrlinge ausbilden.»

NICHT MASSGESCHNEIDERT. FDP-Grossrat und Gewerbedirektor Peter Malama hält den Metaller-Fonds für eine gute Lösung – anders als den geplanten Basler Fonds: «Es braucht landesweite Lösungen, die für eine Branche massgeschneidert sind.» Es könne nicht von allen Betrieben verlangt werden, Lehrlinge auszubilden: «Ein Marktfahrer etwa beschäftigt nun mal keine Lehrlinge.» Gleicher Meinung ist Andreas Burckhardt, Direktor der Handelskammer beider Basel und LDP-Grossrat: «Es kann doch nicht sein, dass die Betriebe in einem Kanton mit den Kosten belastet werden und im Nachbarkanton nicht.»

Doch alles Argumentieren nützt nichts mehr, nachdem die Mehrheit im Grossen Rat den Fonds gefordert hat. Jetzt müssen sich die Behörden überlegen, wie viel von den lehrlingsfreien Betrieben verlangt werden soll. Eine heikle Aufgabe. «Ist die Abgabe zu niedrig, wirkt sie zu wenig motivierend. Ist sie zu hoch, wird sie von den Unternehmen nicht akzeptiert», sagt Christoph Marbach vom Amt für Berufsberatung. Für Diskussionsstoff ist gesorgt.

Der Fonds

MODELLE. Die Gelder des Berufsbildungsfonds sollen nicht nur an Ausbildungs-Firmen ausgeschüttet werden. Rolf Häring (Grünes Bündnis) hat in seiner Motion gefordert, dass auch folgende Angebote gefördert werden:

- > Ausbildungsverbände. In ihnen schliessen sich Betriebe (auch kleine und spezialisierte) zusammen, um gemeinsam Lehrlinge auszubilden.
- > Lehrstellenmodelle mit Basislehrling. In diesem, ersten Lehrjahr gehen die Jugendlichen vorwiegend in die Berufsfachschule, wo sie optimal auf die Arbeit im Lehrbetrieb vorbereitet werden.
- > Lehrwerkstätten. In ihnen erhalten die Jugendlichen eine praktische Grundausbildung, ehe sie sich im Lehrbetrieb spezialisieren lassen. rock